

**KT-Drucksache Nr. X-0346/6**

für den Ausschuss für technische Fragen und Umweltschutz  
-nichtöffentlich-

**Tischvorlage**

für den Verwaltungsausschuss  
-nichtöffentlich-

für den Kreistag  
-öffentlich-

**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 des Landkreises  
Reutlingen und des gemeindefreien Gebiets "Gutsbezirk Münsingen"  
- Sozialticket**

Zu dem im Betreff genannten Beratungsgegenstand wurde umseitiger

**A n t r a g** der Kreistagsfraktion DIE LINKE

eingereicht.

Fraktion DIE LINKE im Kreistag  
des Landkreises Reutlingen  
Kreisrätin Petra Braun-Seitz  
Kreisrat Thomas Ziegler  
Samenhandelstr. 35, 72770 Reutlingen  
(Absender)

Vorsitzender des Kreistags  
Landrat Dr. Ulrich Fiedler  
Bismarckstr. 47  
72764 Reutlingen

## Haushalt 2022 – Antrag zum

Ergebnishaushalt

Investitionen

Stellenplan

Bezug auf (KT-Drucksache, Produktgruppe o. ä.):

THH 10 Verkehr und ÖPNV  
Sozialticket für den Landkreis Reutlingen

Antrag:

Für den Landkreis Reutlingen wird ein Sozialticket eingeführt. Berechtig sind Bezieher von Leistungen gemäß SGB II, SGB XII, WoGG, AsylbLG sowie andere Personengruppen mit niedrigem Einkommen: unter diese Regelung fallen Personen, deren Einkommen höchstens 30 % über dem Existenzminimum liegt. Der Preis für dieses Sozialticket soll nicht über jenem Betrag liegen, der gemäß SGB II für Fahrkarten ausgewiesen wird. Für das Sozialticket dürfen keine Einschränkungen gelten wie derzeit für die 9-Uhr-Monatskarte des naldo-Verkehrsverbundes; es soll außerdem kreisweit gelten.

Begründung/Deckungsvorschlag (ggf. Fortsetzung Rückseite):

Der Öffentliche Nahverkehr erfüllt eine unverzichtbare Aufgabe: ÖPNV sichert das Recht auf Mobilität auf verkehrspolitisch sinnvolle sowie energiepolitisch und ökologisch notwendige Weise. 2022 wird eine naldo-Monatskarte für eine Wabe € 63,70 kosten, die 9-Uhr-Monatskarte € 49,40, das Abo 25 für junge Menschen € 43,80. Diese Angebote liegen deutlich über jenen Beträgen, die für Fahrscheine gemäß SGB II festgelegt sind. Unser Landkreis verfügt noch immer nicht über eine Regelung für sozial benachteiligte Menschen, ihnen ausreichende Mobilität zu ermöglichen.

Bei der allgemeinen Verbraucherpreisentwicklung geraten immer mehr diejenigen Personen in finanzielle Schwierigkeiten, die nur über ein geringes Einkommen verfügen. Mobilität gehört zu den Grundbedürfnissen von Menschen und sollte im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle ermöglicht werden.

Reutlingen, 21.11.2021  
(Ort, Datum)

gez. Petra Braun-Seitz, Thomas Ziegler  
(Unterschrift)